

## „Virtuous realities“. Empire und Außenpolitik bei liberalen Politikern im hochviktorianischen Großbritannien

Am 24. Juni 1872 hielt der konservative Oppositionsführer Benjamin Disraeli eine Rede vor der Wahlkreisorganisation seiner Partei, in der er die eigene Politik scharf von der Haltung der liberalen Regierung abgrenzte. Unter anderem sagte er:

„If you look to the history of this country since the advent of Liberalism – some 40 years ago – you will find that there has been no effort so continuous, so subtle, supported by so much energy, and carried on with so much ability and acumen, as the attempts of Liberalism to effect the disintegration of the Empire of England. And, gentlemen, of all its efforts, this is the one which has been the nearest to success.“<sup>1</sup>

Mit dieser Redepassage beanspruchte der konservative Parteiführer die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Empire gegenüber den Liberalen für seine eigene Partei. Zusammen mit dem Bekenntnis zu Krone, Kirche und Sozialreform war damit die Grundlage konservativer Politik umrissen, auf der die Partei in die Hochphase des Imperialismus im späten 19. Jahrhundert eintreten sollte.

Disraelis Kritik an der liberalen Empire-Politik hatte durchaus reale Gründe – so beseitigten liberale Administrationen im Nachgang zur Aufhebung der Korngesetze zwischen 1846 und 1853 auch die Navigationsakte und Gesetze zur handelspolitischen Bevorzugung von Kolonien („imperial preference“), die wesentlich für die konservativen Vorstellungen von imperialer Stabilität waren.<sup>2</sup> Im Kern jedoch ist Disraelis Rede ein Beispiel dafür, dass

- 1 Benjamin Disraeli: Speech at the Banquet of the National Union of Conservative and Constitutional Associations, at the Crystal Palace, on June 24, 1872. In: Helmut Viebrock (Hrsg.): Disraeli. Rede im Kristallpalast am 24. Juni 1872. Wiesbaden 1968, S. 1-8, hier S. 5.
- 2 Vgl. für die liberalen Maßnahmen Anthony Howe: Restoring free trade: the British experience, 1776-1873. In: Donald Winch/Patrick K. O’Brien (Hrsg.): The Political Economy of British Historical Experience 1688-1914. Oxford 2002, S. 193-213, hier bes. S. 205-207.

„rhetoric may be only loosely connected with the realities of policy“.<sup>3</sup> Das Empire erschien bei Disraeli als ein konservatives Projekt, das in den Händen der Liberalen in seinem Bestand gefährdet sein müsse. Ungerührt blende Disraeli die Tatsache aus, dass es immer wieder liberale Administratio-nen gewesen waren, in deren Amtszeiten maßgebliche Entscheidungen imperia-ler Expansion gefallen waren (und weiter fallen sollten). Auch ganz grundsätzlich war das imperiale Selbstverständnis der Briten liberal geprägt; vor sich selbst rechtfertigten die Viktorianer den Besitz eines Empire keines-wegs mit dem brutalen Recht des Eroberers, sondern als Zivilisierungsmissi-on, zu der gerade die kleine Inselgruppe am Rande des europäischen Konti-nents durch die inhärente Größe („greatness“) ihres Volkes und dessen libe-ralen Vorbildcharakter berufen sei. In den Worten der Politikwissenschaftle-rin Eva Marlene Hausteinera: „Die Liberalität des Empire ist das argumentati-ve Herzstück der imperialen Mission und konstituiert in der imperialen Theorie auch des späten 19. Jahrhunderts eine Norm, auf die die imperialen Akteure in imperiumstheoretischen Debatten immer wieder rekurrieren.“<sup>4</sup>

Dennoch lässt sich Disraelis parteipolitische Inanspruchnahme des impe-rialen Gedankens nicht nur als rhetorische Verdrängung der politischen Rea-lität abtun. Ihm war durchaus ein raffinierter politischer Schachzug gelun-gen, legte er den Finger doch geschickt in die Wunden des liberalen Ringens mit dem Empire. So sehr sich die Liberalen auch selbst versichern mochten, ihr imperiales Engagement diene dem Wohle der kolonisierten Völker, denen die Fähigkeit zur Selbstregierung in einem allmählichen Erziehungsprozess beigebracht werde, so spannungsbehaftet blieb doch die Beziehung zwischen den universalistischen Idealen des Liberalismus und der häufig exkludieren-den imperialen Praxis. Im politischen Alltag agierte liberale Politik daher in Fragen der Kolonial- und Außenpolitik oft uneinheitlich und in sich wider-sprüchlich.<sup>5</sup>

Im Folgenden soll die liberale Haltung gegenüber dem Empire am Bei-spiel einiger führender liberaler Politiker der hochviktorianischen Zeit ver-deutlicht werden; dabei sind auch Grundüberzeugungen zur Gestaltung von Außenpolitik zu berücksichtigen, da sie sich vielfach mit imperialen Fragen

- 3 So mit Bezug auf Disraelis Rede H. C. G. Matthew: *Rhetoric and Politics in Great Britain, 1860-1950*. In: P. J. Waller (Hrsg.): *Politics and Social Change in Modern Britain. Essays presented to A. F. Thompson*. Brighton 1987, S. 34-58, hier S. 50.
- 4 Eva Marlene Hausteinera: *Greater than Rome. Neubestimmungen britischer Imperialität 1870-1914*. Frankfurt/New York 2015, S. 253; zum Konzept der „greatness“ vgl. ebd., S. 196-233, sowie Theodore Koditschek: *Liberalism, Imperialism, and the Historical Imagina-tion. Nineteenth-Century Visions of a Greater Britain*. Cambridge 2011.
- 5 Vgl. Uday Singh Mehta: *Liberalism and Empire. A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought*. Chicago/London 1999; Bernard Semmel: *The Liberal Ideal and the Demons of Empire. Theories of Imperialism from Adam Smith to Lenin*. Baltimore/London 1993.

überschnitten. An Persönlichkeiten, die als Untersuchungsbeispiele dienen könnten, herrscht kein Mangel. Die Liberalen prägten den politischen Diskurs Großbritanniens im 19. Jahrhundert maßgeblich – selbst die Konservative Partei kam nicht umhin, in Regierungszeiten den grundlegenden liberalen viktorianischen Konsens aufrechtzuerhalten, insbesondere in Fragen der frei-händlerisch orientierten Fiskal- und Außenhandelspolitik. Mit Gewinn ließe sich die kolonialpolitische Position bei bedeutenden liberalen Vordenkern untersuchen, so bei James Mill und seinem Sohn John Stuart Mill oder bei der anderen berühmten Vater-Sohn-Konstellation, Zachary Macaulay und Thomas Babington Macaulay. Diese Männer waren nicht nur führende Intellektuelle ihrer Zeit, sondern alle auch zumindest zeitweilig als koloniale Administratoren tätig, die „Söhne“ fungierten zudem als Parlamentsabgeordnete.<sup>6</sup>

Im Folgenden sollen jedoch drei Politiker im Zentrum der Betrachtung stehen, die noch unmittelbarer als die genannten politischen Intellektuellen die Ausrichtung der Liberalen Partei bestimmten: der langjährige Außen- und Premierminister Lord Palmerston (Henry John Temple, 1784-1865), der Kopf des „Manchester-Liberalismus“ Richard Cobden (1804-1865) und die beherrschende liberale Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts, William Ewart Gladstone (1809-1898). Obwohl Gladstone bis in die 1890er Jahre hinein die britische Politik prägte, führt die gemeinsame Betrachtung dieser drei Politiker zu einem Schwerpunkt auf den Jahren um die Mitte des 19. Jahrhunderts, da Palmerston und Cobden beide 1865 starben. Daher wird die hochimperialistische Phase ab den 1880er Jahren im Folgenden nur kurz gestreift; völlig ausgespart bleibt die Irland-Problematik, die eine Sonderbelastung für die liberale Selbstzufriedenheit darstellte, ebenfalls ab den 1880er Jahren die britische Politik dominierte und zur Spaltung der Liberalen Partei führte. Ausgespart bleiben damit auch eine jüngere Generation Empire-begeisterter Liberaler, wie Charles Dilke oder Joseph Chamberlain (der aus Protest gegen Gladstones Home-Rule-Politik gegenüber Irland die Liberal Party verließ), sowie die „Liberalen Imperialisten“ des späten 19. Jahrhunderts.<sup>7</sup> Als Beispiel für die Haltung gegenüber dem Empire wird Indien im Mittelpunkt stehen, um die Argumentation zu fokussieren, die sonst im wahrsten Sinne des Wortes global angelegt sein müsste.

6 Vgl. Georgios Varouxakis: *Liberty Abroad. J. S. Mill on International Relations*. Cambridge 2013; Catherine Hall: *Macaulay and Son. Architects of Imperial Britain*. New Haven/London 2012.

7 Vgl. David Nicholls: *The Lost Prime Minister. A Life of Sir Charles Dilke*. London/Rio Grande 1995; Peter T. Marsh: *Joseph Chamberlain. Entrepreneur in Politics*. New Haven 1994; H. C. G. Matthew: *The Liberal Imperialists. The ideas and politics of a post-Gladstonian élite*. Oxford 1973. Zusammenfassend zum hier ausgesparten späten 19. Jahrhundert Detlev Mares: *Goodbye Gladstone. Die Liberale Partei im spätviktorianischen Großbritannien 1886-1906*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 19 (2007), S. 137-162.

Aus der Dreiecksbeziehung der ausgewählten Politiker lassen sich die inhärenten Spannungen und Widersprüche der liberalen Position gegenüber Empire und Außenpolitik insgesamt wie in einem Brennglas erfassen. Dabei ist es verlockend, die drei Politiker zwischen „realistischen“ und „idealistischen“ Konzepten von Außen- und Kolonialpolitik zu verorten. Palmerston erscheint häufig als Erzrealist – ein bedenkenloser Machtpolitiker, der den britischen Interessen weltweit mit Hilfe der Royal Navy Geltung zu verschaffen wusste. Demgegenüber steht Cobden für einen freihändlerischen und friedliebenden Idealismus, der militärische Interventionen grundsätzlich in Frage stellte. Gladstone wiederum ist als großer Kommunikator in Erinnerung, der außenpolitische Entscheidungen aus moralischen, religiös fundierten Prinzipien zu begründen suchte. Er bildete einen wichtigen Bezugspunkt für die Forschung, als sie begann, die Abgrenzung von „realistischen“ und „idealistischen“ Formen von Außenpolitik seit den 1930er Jahren nicht zuletzt am britischen Beispiel zu entwickeln. Die historische Betrachtung stand dabei zunächst im Bann der gescheiterten Appeasement-Politik Chamberlains. Obwohl häufig als illusionär gescholten, galt diese einem frühen Vertreter des klassischen Realismus wie E. H. Carr noch als Beispiel realistischer Politik,<sup>8</sup> später regte sie die Suche nach den Ursprüngen des Appeasementgedankens an.<sup>9</sup> Mit diesem Frageinteresse landete die historische Forschung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in dem die Trennung von „realistischen“ und „idealistischen“ Konzeptionen von Außenpolitik sich entwickelt habe.<sup>10</sup>

Die Präzisierung der Terminologie ist aber alles andere als einfach. Begriffe wie „Realismus“ oder „Realpolitik“ erfüllen in der Beschreibung von Außenpolitik unterschiedliche, nicht immer klar umrissene Funktionen.<sup>11</sup> Häufig bezeichnet „Realismus“ als eine Art von „Realitätssinn“ einfach nur die Orientierung am Machbaren, während die Gegenposition als illusionär

8 Vgl. Edward Hallett Carr: The Twenty Years' Crisis 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations. Reissued with a New Introduction and additional material by Michael Cox. Basingstoke 2001 (Originalausgabe: 1939), S. xx-xxii u. 191-203.

9 Vgl. Paul Kennedy: The Tradition of Appeasement in British Foreign Policy, 1865-1939. In: British Journal of International Studies 2 (1976), S. 195-215, wieder abgedruckt in: Ders.: Strategy and Diplomacy 1870-1945. Eight Studies. London 1983, S. 15-39 u. 221-223, hier bes. S. 19-25.

10 Vgl. Paul Kennedy: The Realities behind Diplomacy: Background Influences on British External Policy, 1865-1980. London/Boston/Sydney 1981.

11 Die systematische Auseinandersetzung mit der ursprünglichen Prägung des Begriffs „Realpolitik“ durch August Ludwig von Rochau spielte bei seiner Übernahme in die englischsprachige Forschung und seiner Transformation zu „realism“ keine wesentliche Rolle, vgl. zur Begriffsgeschichte John Bew: Realpolitik. A History. Oxford/New York 2016. Der Begriff wurde auf außenpolitische Zusammenhänge übertragen, ohne Rochaus innenpolitische Herleitung zu beachten, vgl. Ludwig August von Rochau: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt/Berlin/Wien 1972 (Originalausgabe: 1853/1869).

oder Träumerei abgetan wird; „Realismus“ präsentiert sich als pragmatisch, „Idealismus“ kann von dieser Warte aus als ideologisch kritisiert werden. Realisten akzeptieren Macht als Faktor der Politik, Idealisten stellen die Herrschaft des Rechts dagegen. Häufig wird der Realismusbegriff auch durch Rückgriff auf bestimmte Theorieangebote gefüllt, so mit dem Max Weber entlehnten Begriff der Verantwortungsethik, während die Gesinnungsethik tendenziell als „unrealistisch“ und damit als nicht machbar kategorisiert wird. Jenseits der historischen Verwendungskontexte bezeichnet der Begriff des „Realismus“ eine Schule der wissenschaftlichen Analyse außenpolitischen Denkens.<sup>12</sup> Mal anthropologisch, mal durch Strukturuntersuchungen des Staatensystems unterfüttert, gilt dabei macht- und interessengeleitetes Handeln gleichsam als naturgegebener Grundbaustein der Außenpolitik. Gegen diese Deutung werden Denkrichtungen gestellt, die als „idealistisch“ oder „internationalistisch“ bezeichnet werden und Ideen der zwischenstaatlichen Kooperation auf der Basis des Völkerrechts betonen. Aus den vielfältigen Formen der Begriffsverwendung – von der Kampfrhetorik politischer Akteure über die historische Beschreibung außenpolitischen Handelns bis hin zur Theorie der internationalen Beziehungen – kristallisiert sich als gemeinsamer Nenner die Vorstellung von der Existenz zweier unvereinbarer außenpolitischer Prinzipien heraus, die sich einer Präzisierung ihrer Konturen aufgrund des ständigen Wandels der Verwendungskontexte immer wieder entziehen.<sup>13</sup>

Eine solche Dichotomisierung unterschiedlicher außenpolitischer Denk- und Handlungsstile verdeckt jedoch die Verschränkungen, die sich in der politischen Praxis zwischen interessegeleiteten und moralisch begründeten Handlungsmotiven stets erkennen lassen. Kaum ein Staatsmann wird seine politischen Entscheidungen leichthin als unrealistisch präsentieren, kaum einer wird darauf verzichten, höhere Motive für die Verfolgung einer Interessenpolitik anzuführen. Diese enge Verwobenheit beider Aspekte prägte insbesondere die britische Außen- und Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts. Bei allen Auseinandersetzungen um Prinzipien und Legitimationsgründe verblieb diese letztlich innerhalb eines pragmatisch geprägten Rahmens. Der Sieg über Napoleon bekräftigte das Selbstverständnis der britischen Außenpolitik als Hüterin eines europäischen Gleichgewichts der Kräfte, die flexibel auf Machtverschiebungen innerhalb des Staatensystems zu reagieren ha-

12 Vgl. Carlo Masala: Realismus in den Internationalen Beziehungen. In: Ders./Frank Sauer (Hrsg.): *Handbuch Internationale Beziehungen*. Wiesbaden 2015 (DOI 10.1007/978-3-531-19954-2\_4-1, abgerufen am 29.2.2016).

13 Für einen klassischen Versuch der Formulierung und Überwindung dieser Gegenüberstellung vgl. Arthur M. Schlesinger Jr.: National Interests and Moral Absolutes. In: Ders.: *The Cycles of American History*. London 1989, S. 69-86 u. 444-446 (ursprüngliche Fassung: 1971).

be. Bereits 1826 bezeichnete Außenminister George Canning die „balance of power“ als „a standard perpetually varying, as civilization advances, and as new nations spring up, and take their place among established political communities [...] Thus, while the balance of power continued in principle the same, the means of adjusting it became more varied and enlarged“.<sup>14</sup> Mit dieser richtungweisenden Formulierung verankerte Canning einen „realistischen“ Grundzug in der britischen Außenpolitik, dessen Ausdeutung auch „idealistiche“ Erwägungen, insbesondere die Unterstützung konstitutioneller Regime in anderen Staaten, nicht ausschloss.

Auch die Existenz des Empire wurde bis weit ins 19. Jahrhundert hinein mit großer Selbstverständlichkeit akzeptiert; bei den Liberalen war die imperialistische Politik vor den 1880er Jahren „not [...] the main divisive factor within the party“.<sup>15</sup> Dieser Grundkonsens schloss heftige innerparteiliche Diskussionen über außenpolitische Entscheidungen nicht aus, schuf aber einen gemeinsamen Referenzrahmen an Werten und Legitimationsmustern, in dessen Raum sich die Akteure im Regelfall bewegten. In der Betrachtung der außen- und kolonialpolitischen Haltungen und Handlungen der drei ausgewählten Politiker zeigen sich daher sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen der Realismus-Idealismus-Unterscheidung für die Erklärung liberaler Empire-Politik im hochviktorianischen Großbritannien.

## 1. Richard Cobden – der realistische Idealist

Seit der Agitation für den Freihandel in den 1840er Jahren bildete die Forderung nach Senkung von Zöllen und Handelshemmnissen, niedrigen Steuern und freiem Wettbewerb eine zentrale Säule im Gebäude des viktorianischen Liberalismus. Im Hinblick auf die Haltung zum Empire konnte sich die Wettbewerbsidee unterschiedlich auswirken. Für einen kolonialen Administrator wie Thomas Babington Macaulay legitimierte die Idee des freien Wettbewerbs konkrete Entscheidungen kolonialer Politik. So sprach er sich für eine bessere Versorgung indischer Schüler mit englischsprachigen Büchern aus, da durch deren Bevorzugung englischer Literatur gegenüber Schriften in Sanskrit faktisch der Wettbewerb entschieden habe, welche Art von Bildung in Indien favorisiert werde.<sup>16</sup> Die Berechtigung der imperialen Zivilisierungsmission war damit als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt und wurde durch diese Argumentation zusätzlich gestützt. Auch bei John Stuart Mill

14 Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 16, 12. Dezember 1826, Sp. 396 f.

15 Matthew: The Liberal Imperialists (wie Anm. 7), S. 24.

16 Vgl. Zareer Masani: Macaulay. Britain's Liberal Imperialist. London 2013, S. 100 f.

rechtfertigte die Wettbewerbsidee koloniale Herrschaft. Er sah viele nicht-europäische Gesellschaften in Stagnation begriffen, weil ihnen der für das fortgeschrittenere Europa typische Wettstreit unterschiedlicher Ideen, Werte und Gruppen fehle. Ein wohlwollender Despotismus erschien ihm daher durchaus als Option, um stagnierende Gesellschaften auf den Weg des Fortschritts zu bringen.<sup>17</sup>

Deutlich anders war die Haltung Richard Cobdens. Er war seit der Kampagne gegen die Korngesetze bekannt als Verfechter von Markt- und Wettbewerbsideen und galt neben John Bright als führender politischer Kopf des „Manchesterliberalismus“.<sup>18</sup> Doch zugleich zählte er zu den konsequentesten Empire-Skeptikern, der dessen Wert für die britische Gesellschaft in Briefen, Reden und Schriften in Frage stellte. Als exemplarisch für seine Argumentation kann seine Reaktion auf den Sepoy-Aufstand in Indien von 1857 gelten. Obwohl ihn die Nachrichten über die Ermordung von Frauen und Kindern durch die Aufständischen tief aufwühlten, sah Cobden die Ursache des Konflikts grundsätzlich in der britischen Politik gegenüber den Kolonien: „I have no faith in Englands destiny in the East.- I don't believe it is our mission to civilize or Christianise the population of India.- That has never been our honest object in going there.“<sup>19</sup> Die hier am indischen Beispiel zum Ausdruck kommende Empire-Skepsis war durch ein Bündel von Argumenten begründet. So sah Cobden erstens keine vernünftige Legitimation für die Existenz des Raj: „I do not find any sanction for the principle that we can rule over a multitude of human beings, at the opposite side of the globe, six times as numerous as ourselves, differing from us in color, language & religion, & who submit to us only from necessity – I can find no sanction in reason or nature for such a principle.“<sup>20</sup> Cobden erwartete, dass kommende britische Generationen für diese „unnatural rule“ und „for our sins in the East“ zur Rechenschaft gezogen werden würden „& that the greatest peril we as a generation bequeath to our children is in the inheritance of that Empire of which most of us are so proud“.<sup>21</sup> Zweitens hielt Cobden sogar „in a commercial point of view“ das britische Engagement in Indien für „a very bad speculation“, da für alle dort aktiven jungen Männer lediglich „disappointment discomfort & impaired health“ die Folge seien.<sup>22</sup> Nicht nur von einem moralischen, sondern gerade von einem handelspolitischen Standpunkt aus verur-

17 Vgl. Varoukakis: Liberty Abroad (wie Anm. 6), S. 101-144, bes. S. 110.

18 Zur Biographie vgl. Nicholas C. Edsall: Richard Cobden. Independent Radical. Cambridge, Mass./London 1986.

19 Anthony Howe/Simon Morgan (Hrsg.): The Letters of Richard Cobden. Vol. III: 1854-1859. Oxford 2012, S. 319 (Brief Richard Cobdens an John Benjamin Smith, 19.5.1857).

20 Ebd., S. 331 (Brief Richard Cobdens an Joseph Sturge, 1.7.1857).

21 Alle Zitate ebd.

22 Vgl. ebd., S. 334 (Brief Richard Cobdens an Joseph Sturge, 5.7.1857), Zitate ebd.

teilte Cobden die britische Anwesenheit in Indien und kam zu dem Schluss: „I don't believe in the possibility of our governing India with advantage to its people or ourselves“. <sup>23</sup>

Statt kostspielig Kolonien zu erwerben und ihnen handelspolitische Vorzugsbedingungen zu gewähren, plädierte Cobden für einen einseitigen Freihandel Großbritanniens, der anderen Staaten als Vorbild dienen und sich auf diese Weise global ausbreiten sollte. Die bestehenden Kolonien sollten sich selbst regieren dürfen und durch die Verantwortlichkeit für die eigenen Finanzen die Steuerlast der britischen Bevölkerung verringern.<sup>24</sup>

Die Freihandelsidee lag auch Cobdens außenpolitischen Grundsatzpositionen zugrunde, mündete sie doch in die Forderung nach Abrüstung und in die Propagierung einer prinzipiellen Friedenspolitik. In einer Rede attackierte er 1850 vehement die Existenz stehender Heere in Friedenszeiten, die das Land mit einer „ruinous taxation“<sup>25</sup> belasteten, obwohl keine wirkliche Gefahr durch Feinde drohe. Von Cobdens „financial point of view“<sup>26</sup> war eine Absenkung des Steuerniveaus Voraussetzung für die Schaffung von Wohlstand, so dass „there is a necessity for the people of this country to unite in supporting the principles of peace, as the only means of improving their temporal condition“.<sup>27</sup> Fiskal-, Handels- und Friedenspolitik griffen in Cobdens Argumentation ineinander, war er doch überzeugt, dass „Free Trade would have the tendency to unite mankind in the bonds of peace“.<sup>28</sup> Zur Lösung internationaler Konflikte empfahl er Schiedsgerichte und allgemeine Abrüstung. Doch auch eine moralische Ebene deutete sich neben der fiskal- und handelspolitischen Argumentation an. Im Gegensatz zum verbreiteten Klischee des rein gewinnmaximierend orientierten „Manchesterliberalismus“ erklärte Cobden: „I say that no man has a right to lend money if he knows it is to be applied to the cutting of throats.“<sup>29</sup> Dies war eine deutliche Kritik an der kreditfinanzierten Rüstungspolitik der Regierung. Zudem sprach sich Cobden entschieden gegen eine gewaltsame Durchsetzung britischer Handelsinteressen aus und beklagte „the miseries caused by violence and aggression, and too often perpetrated under the plea of benefiting tra-

23 Ebd., S. 348 (Brief Richard Cobdens an Joseph Sturge, 22.10.1857). Vgl. auch John Morley: The Life of Richard Cobden. London 1903 (Original: 1879), S. 669-672.

24 Vgl. Anthony Howe: The Manchester School and the British Empire. In: Martin Daunton/Yasunori Fukagai/Junichi Himeno (Hrsg.): British Empire, Social Integration and the History of Economic Thought. London 2018 (im Erscheinen).

25 Richard Cobden: Peace. Wrexham, November 14, 1850. In: John Bright/James E. Thorold Rogers (Hrsg.): Speeches on Questions of Public Policy by Richard Cobden, M.P., London 1878, S. 509-519, hier S. 510.

26 Ebd., S. 512.

27 Ebd., S. 510.

28 Ebd., S. 518.

29 Ebd., S. 517.

de".<sup>30</sup> Gerade „as a Free-trader, I oppose every attempt to enforce a trade with other countries by violence or coercion“.<sup>31</sup>

Cobdens Kritik an Empire und außenpolitischem Interventionismus ist also – anders als die berühmten späteren Imperialismus-Kritiken Hobsons oder Lenins – nicht gleichzeitig auch Kapitalismus-Kritik, sondern sie wollte gerade dem liberalen Marktgedanken durch Entkopplung von Expansionismus und imperialem Denken zum Durchbruch verhelfen.

Nicht zuletzt diese marktwirtschaftliche Ausrichtung weckte immer wieder Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Cobdens internationalistischer Orientierung. Für Marx dienten Cobdens außenpolitische Prinzipien nur dem Ziel, die Herrschaft der Bourgeoisie auf dem Weltmarkt zu gewährleisten.<sup>32</sup> Da Cobden zudem in vielen Äußerungen eher die Ausgestaltung imperialer Herrschaft als deren Existenz an sich geißelte, umgibt auch seine Empire-Skepsis nach Meinung mancher Kritiker ein Zwielicht.<sup>33</sup> Eher aber lassen sich die Grenzen seiner Kritik als „realistischer“ Strang in Cobdens Denken interpretieren. In der Formulierung seiner Grundsatzpositionen verlor er Umsetzbarkeitsanforderungen nicht aus dem Blick – Cobden selbst betonte, seine Vorstellungen seien keine idealistischen Träumereien, sondern böten „practical remedies“<sup>34</sup> zur Verhinderung oder Lösung außenpolitischer Konflikte. Anders als für die meisten seiner Zeitgenossen war für ihn die Auflösung des Empire zumindest denkbar, wenngleich kein unmittelbares politisches Ziel.<sup>35</sup>

In seinen späten Jahren verstärkte sich der „realistische“ Zug bei Cobden sogar noch: Der von ihm und Michel Chevalier 1860 ausgehandelte Handelsvertrag zwischen Großbritannien und Frankreich akzeptierte die Vorstellung, dass ökonomische Interessen von Staaten durch bilaterale Vereinbarungen gefördert werden konnten. Dies bedeutete eine Abkehr von Cobdens ur-

30 Ebd., S. 518.

31 Ebd.

32 Vgl. Detlev Mares: 'Not Entirely a Manchester Man'. Richard Cobden and the Construction of Manchesterism in Nineteenth-Century German Economic Thinking. In: Anthony Howe/ Simon Morgan (Hrsg.): Rethinking Nineteenth-Century Liberalism. Richard Cobden Bicentenary Essays. Aldershot 2006, S. 141-160, hier S. 158.

33 Vgl. Gregory Claeys: Imperial Sceptics. British Critics of Empire, 1850-1920. Cambridge 2010, S. 28-33; für frühe Kritiker vgl. Frank Trentmann: Free Trade Nation. Commerce, Consumption, and Civil Society in Modern Britain. Oxford 2008, S. 265-267. Zur Internationalismus-Frage allg. Keith Robbins: Richard Cobden: The International Man. In: Howe/ Morgan (Hrsg.): Rethinking Nineteenth-Century Liberalism (wie Anm. 32), S. 177-188.

34 Cobden: Peace (wie Anm. 25), S. 512. Schon der demokratische Publizist Jakob Venedey hatte Cobden 1864 zu den „Idealpolitikern“ gerechnet, denen es gelinge, ihre Ideale in „Realpolitik“ zu überführen, vgl. Bew: Realpolitik (wie Anm. 11), S. 50 f.

35 Vgl. Anthony Howe: Free trade and global order: The rise and fall of a Victorian vision. In: Duncan Bell (Hrsg.): Victorian visions of global order. Empire and international relations in nineteenth-century political thought. Cambridge/New York 2007, S. 26-46, hier S. 31 f.

sprünglicher Hoffnung, eine einseitige britische Freihandelspolitik könne durch ihr bloßes Vorbild andere Staaten zur Handelsöffnung bewegen. Der Cobden-Chevalier-Vertrag leitete eine Reihe weiterer internationaler Handelsvereinbarungen ein – die realistische Anpassung entpuppte sich auf diese Weise als Initialzündung, die zur weltweiten Verbreitung von Cobdens Idealen beitrug.<sup>36</sup>

Eingesetzt worden zum Unterhändler mit Frankreich war Cobden durch den Premierminister, Lord Palmerston. Es könnte kaum ein beredteres Zeugnis für Cobdens Pragmatismus geben als diese punktuelle Zusammenarbeit, denn ansonsten galt ihm Palmerston als Verkörperung einer Politik, die seinen eigenen Vorstellungen grundsätzlich zuwiderlief.

## 2. Lord Palmerston – der Moralisierer der Macht

Für Cobden war das Empire in einer Welt des Freihandels entbehrlich. Doch die britische Politik um die Mitte des 19. Jahrhunderts zeigte ein anderes Gesicht: Empire und Freihandelsideologie gingen Hand in Hand. In einem bahnbrechenden Aufsatz haben die Cambridge-Historiker John Gallagher und Ronald Robinson 1953 darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, die von Großbritannien direkt verwalteten Kolonien zu betrachten, um das Wesen des Empire zu verstehen. Dieses sei vielmehr von informeller Einflussnahme in vielen Teilen der Welt gekennzeichnet gewesen.<sup>37</sup> Nicht die Eroberung von Territorien, sondern schwächeren Staaten aufgezwungene Freundschafts- und Freihandelsverträge waren von Lateinamerika bis China das bevorzugte Mittel britischer Machtausübung.<sup>38</sup> Verkörpert wurde diese machtgestützte Handelspolitik durch Lord Palmerston, der sich seit 1807 immer wieder in der Regierungsverantwortung befand, davon zwischen 1830 und 1851 mehrfach als Außen- und von 1855 bis 1865 (mit einer kurzen Unterbrechung) als Premierminister.

Auch Palmerston war überzeugt von den Segnungen des Freihandels. Er hatte als junger Mann auf Bildungstour in Schottland die Ideen Adam Smiths kennengelernt und sah im Freihandel eine wichtige Quelle des briti-

36 Vgl. Anthony Howe: Free Trade and Liberal England 1846-1946. Oxford 1997, S. 92-105; Peter T. Marsh: Bargaining on Europe. Britain and the First Common Market, 1860-1892. New Haven 1999.

37 John Gallagher/Ronald Robinson: The Imperialism of Free Trade. In: The Economic History Review 6 (1953), S. 1-15, deutsche Übersetzung: Der Imperialismus des Freihandels. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Imperialismus. 3. Aufl. Königstein 1979, S. 183-200. Dieser Ansatz hat sich heute trotz mancher Detailkritik in der Empire-Forschung weitgehend durchgesetzt, vgl. z. B. John Darwin: Das unvollendete Weltreich. Aufstieg und Niedergang des Britischen Empire 1600-1997. Frankfurt/New York 2013.

38 Gallagher/Robinson: Imperialismus des Freihandels (wie Anm. 37), S. 188 u. 194.

schen Wohlstands. Im Unterschied zu Cobden verband er den Freihandel aber mit der Idee von der Überlegenheit der britischen Zivilisation und der daraus abgeleiteten britischen Selbstverpflichtung, „unzivilisierte“ Länder auf den Pfad des Fortschritts zu bringen. Im Jahr 1842 erklärte er im Parlament, „that the exchange of commodities may be accompanied by the extension and diffusion of knowledge - by the interchange of mutual benefits engendering mutual kind feelings - multiplying and confirming friendly relations“ und „that commerce may freely go forth, leading civilisation with one hand, and peace with the other, to render mankind happier, wiser, better“.<sup>39</sup> Der freie Handel versprach nicht nur Wohlstand und die Befriedigung britischer Interessen, sondern er sollte Frieden, eine Ausbreitung der Zivilisation und einen Drang hin zu konstitutionellen Regierungen auslösen. Dabei präsentierte Palmerston die Aufgabe Englands als helfende Hand:

„Our duty - our vocation - is not to enslave, but to set free; and I may say, without any vain-glorious boast, or without great offence to any one, that we stand at the head of moral, social, and political civilization. Our task is to lead the way and direct the march of other nations. I do not think we ought to goad on the unwilling, or force forward the reluctant; but when we see a people battling against difficulties and struggling against obstacles in the pursuit of their rights, we may be permitted to encourage them with our sympathy and to cheer them with our approbation; and even, if occasion require, to lend them a helping hand, and bear them up against the difficulties that have beset them.“<sup>40</sup>

Palmerstons Zivilisierungsdenken machte ihn zum entschiedenen Gegner der Sklaverei. Nach deren Abschaffung im britischen Empire nutzte er die Royal Navy, um Sklaventransporte aus anderen Ländern aufzubringen und zu vereiteln.<sup>41</sup>

Palmerstons besonderes politisches Talent bestand allerdings darin, die hier skizzierte Prinzipiengrundlage seiner Außenpolitik geschickt mit der Verteidigung britischer Handels- und Sicherheitsinteressen in Einklang zu bringen. Die britische Politik sollte sich an die Standards des zwischen den Völkern geltenden Rechts halten, allerdings nur solange nationale britische Interessen davon nicht beeinträchtigt wurden. Sobald dies passierte, beanspruchte Palmerston für sein Land das Recht auf „interference“, also die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten bis hin zur militärischen Intervention. Auch wenn der Einsatz dieses Instruments kein Automatismus sein sollte, wich die damit verbundene Vorstellung des Freihandels eklatant

39 Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, 3. Reihe, Bd. 60, 16. Februar 1842, Sp. 619.

40 Ebd., Bd. 93, 5. Juli 1847, Sp. 1212 f.

41 Vgl. John Oldfield: Palmerston and Anti-Slavery. In: David Brown/Miles Taylor (Hrsg.): Palmerston Studies II. Southampton 2007, S. 24-38.

von Cobdens Erwartung einer friedlichen Handelsvernetzung der Welt ab; hinter den Handelsbeziehungen stand bei Palmerston deren Durchsetzung durch die Regierung: „It is the business of Government to open and secure the roads for the merchant.“<sup>42</sup> Gregory Barton fasst die unterschiedlichen Stränge in Palmerstons Denken prägnant zusammen: „This formula made his policies pragmatic: they appealed to higher ideals and yet almost always had a practical payoff for British power and trade. This Janus-faced policy – one face looking toward fair play and openness, the other toward self-interest and power – set a new standard for leadership in modern democracies in the future.“<sup>43</sup>

Zahlreiche Beispiele zeugen von Palmerstons Flexibilität im Umgang mit den von ihm selbst propagierten Prinzipien. So war er trotz seiner Sympathien für konstitutionelle Regierungen „no crusader for constitutionalism abroad“, sondern setzte statt direkter Unterstützung demokratischer Revolutionen auf die allmähliche Durchsetzungskraft des als vorbildhaft verstandenen britischen Verfassungsmodells.<sup>44</sup> Auf diese Weise sollte eine Balance von Prinzip und Pragmatismus erreicht werden, solange keine nationalen Interessen auf dem Spiel standen:

„I hold that the real policy of England - apart from questions which involve her own particular interests, political or commercial - is to be the champion of justice and right; pursuing that course with moderation and prudence, not becoming the Quixote of the world, but giving the weight of her moral sanction and support wherever she thinks that justice is, and wherever she thinks that wrong has been done.“<sup>45</sup>

Palmerstons ehrliche Abscheu gegenüber der Sklaverei hinderte ihn nicht daran, sein Land weitgehend aus dem Amerikanischen Bürgerkrieg herauszuhalten, statt nach der Verkündung der Emanzipation die Nordstaaten zu unterstützen. Die britische Textilindustrie war auf die Baumwolle der Südstaaten angewiesen – für Palmerston Grund genug, ein klares Bekenntnis zu einer der Bürgerkriegsparteien zu vermeiden.<sup>46</sup> Auch in seiner Politik gegenüber China setzten sich Handelsinteressen gegenüber moralischen Erwägungen durch. Ein Ziel der Opiumkriege war die Durchsetzung des offenen Handels mit dem Reich der Mitte – trotz der verheerenden sozialen Folgen, die das Opium in China hatte.

- 42 Palmerston an Auckland (22.1.1841), zit. nach: Ronald Robinson/John Gallagher/Alice Denny: Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism. London 1961, S. 5.
- 43 Gregory Barton: Lord Palmerston and the Empire of Free Trade. Boston 2012, S. 39.
- 44 Vgl. E. D. Steele: Palmerston and Liberalism, 1855-1865. Cambridge 1991, S. 247, Zitat ebd.
- 45 Hansard: Parliamentary Debates, House of Commons, 3. Reihe, Bd. 97, 1. März 1848, Sp. 122.
- 46 Vgl. Oldfield: Palmerston (wie Anm. 41), S. 34 f.

Palmerstons spezifische Mischung aus universalen Prinzipien und kühler „Realpolitik“ entsprach den Erwartungen einer britischen Öffentlichkeit, die gerne an die moralische Überlegenheit der eigenen Zivilisation glaubte, diese aber auch global verbreitet sehen wollte. Palmerstons Politik bot die Befriedigung dieser Wünsche und machte ihn zu einem Liebling der britischen Presse. Diese trug dazu bei, ihm eine Popularität zu sichern, die er wiederum als politisches Kapital in Regierung und Parlament einsetzen konnte. Palmerston gelang es, durch den Appell an den patriotischen Stolz und das Selbstwertgefühl seiner Landsleute, militärischen Interventionen eine breite öffentliche Unterstützung zu sichern, die im zunehmend demokratisierten Gemeinwesen unverzichtbar, aber keine Selbstverständlichkeit war.<sup>47</sup>

Richard Cobden verabscheute diese Politik Palmerstons. Dem Manchester-Liberalen erschien die Palmerstonsche Welt der Diplomatie als ein Netzwerk aristokratischen Geschachers. Rüstung und imperiale Patronage waren für Cobden nichts anderes als Instrumente der alten Aristokratie, sich Einfluss und Einkünfte zu verschaffen und durch korrupte Netzwerke sowie die Irreführung der öffentlichen Meinung abzusichern.<sup>48</sup> Die von Cobden propagierte Friedenspolitik, die Ausgaben für das Militär und damit hohe Steuern überflüssig machen sollte, präsentierte somit einen völlig anderen Ansatz als Palmerstons Art von Realpolitik. Selbst die Gemeinsamkeiten, die sich zwischen beiden feststellen lassen, verlangen meist sofort wieder nach Differenzierungen:

Zum einen verfochten zwar beide die Freihandelsidee, diese erhielt aber bei Cobden eine soziale Stoßrichtung, die bei Palmerston fehlte. Dies meint nicht nur die Verbilligung der Lebensmittel für die Arbeiterschaft, die ein wesentliches Argument der Anti-Corn-Law-League gewesen war, sondern vor allem den Angriff auf die traditionelle Oberschicht und den Landbesitz als die Grundlage ihres Reichtums.<sup>49</sup>

Zum anderen waren sowohl Cobden als auch Palmerston keine glühenden Verfechter des Empire. Während aber Cobden dessen Legitimität in Zweifel zog, war es für Palmerston ein Instrument der Außenpolitik, das Großbritanniens Stellung im Gleichgewicht der Mächte sichern und als Zivilisierungs-

47 Zu den innenpolitischen Rückkopplungen der Außenpolitik Palmerstons vgl. Steele: Palmerston (wie Anm. 44), S. 214-241; David Brown: Palmerston and the Politics of Foreign Policy 1846-55. Manchester 2002; für den breiteren Kontext des liberalen Patriotismus Jonathan Parry: The Politics of Patriotism. English Liberalism, National Identity and Europe, 1830-1886. Cambridge 2006.

48 Zur Tradition der englischen Korruptionskritik vgl. Jens Ivo Engels: Die Geschichte der Korruption. Von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2014, S. 239-245; zum Verhältnis der beiden Politiker Anthony Howe: Two Faces of British Power: Cobden versus Palmerston. In: Brown/Taylor (Hrsg.): Palmerston Studies II (wie Anm. 41), S. 166-192.

49 Vgl. Howe: Manchester School (wie Anm. 24).

instrument wirken sollte. Beispielsweise zeigte Palmerston – ähnlich wie Cobden – kein ausgeprägtes Interesse an der britischen Herrschaft über Indien. Während Cobden diese aber aus moralischen und ökonomischen Gründen grundsätzlich kritisch sah, war der Subkontinent für Palmerston wichtig als Basis im Great Game, dem Ringen mit Russland um Einfluss im Nahen und Mittleren Osten. Die Faszination, die Indien auf viele Zeitgenossen ausübte, blieb ihm dabei fremd. Bezeichnenderweise reagierte er recht gelassen, als die Nachrichten vom Sepoy-Aufstand 1857 eintrafen. Ihm schien es wichtiger zu sein, seine Regierung in dieser Situation vor Vorwürfen des Missmanagements zu bewahren, als Überlegungen zur Klärung der Lage vor Ort anzustellen.<sup>50</sup> Als in Folge des Aufstands die Herrschaft der East India Company 1858 beendet und Indien unmittelbar der britischen Krone unterstellt wurde, sah Palmerston darin vor allem die Gelegenheit, die militärischen Ressourcen des Subkontinents für die britische Regierung verfügbar zu machen und Großbritanniens traditionelle Vorherrschaft zur See durch nennenswerte Landstreitkräfte zu ergänzen.<sup>51</sup> Dieser abwägende Blick auf den pragmatischen Nutzen der Kolonie Indien für die britische Weltmachstellung unterscheidet sich fundamental von Cobdens grundsätzlicher Skepsis gegenüber imperialer Herrschaft.

Palmerston erscheint daher als Meister des Managements von Öffentlichkeit und Diplomatie, indem er universale Ansprüche und Interessenpolitik rhetorisch gleichermaßen beschwore, auch wenn nach Ansicht eines Verächters seiner Politik, wie Cobden es war, im praktischen Handeln die „Realpolitik“ allzu oft die Oberhand gewann. Derselben Kritik sah sich auch William Ewart Gladstone ausgesetzt, als er moralische Prinzipien und Realitätsanforderungen in Einklang zu bringen suchte.

### 3. William Ewart Gladstone – der idealistische Realist

Gladstones lange, fast das gesamte 19. Jahrhundert umspannende politische Karriere ist kaum auf einen schlichten Nenner zu bringen – zentral für sein Fortleben in Debatten zur Gestaltung der internationalen Politik ist aber sein Image als Verfechter moralischer Prinzipien in der Außen- und Kolonialpolitik. Anders als Cobden, der nie ein Regierungsamt innehatte, und anders als Palmerston, der nationale Interessen moralisierte, suchte er nach Strukturen

50 Vgl. Douglas M. Peers: “He has a jolly way of looking at disasters”: Palmerston and India in the mid-nineteenth century. In: Brown/Taylor (Hrsg.): Palmerston Studies II (wie Anm. 41), S. 119-143, hier bes. S. 137.

51 Ergänzend zu dieser groben Skizze vgl. zu Palmerstons Haltung gegenüber Indien im Umfeld des indischen Aufstands Steele: Palmerston (wie Anm. 44), S. 333-349.

internationaler Kooperation, die eine moralischen Prinzipien entsprechende Außenpolitik ermöglichen sollten.

Gladstones fortwirkendes Ansehen beruht nicht zuletzt auf den Ansprüchen an eine neue Form von Außenpolitik, die er 1876 in einer Agitation gegen das Vorgehen des Osmanischen Reiches in Bulgarien und 1879 auf einer Vorwahlkampfreise durch Schottland („Midlothian campaign“) formulierte. In der ersten der „Midlothian speeches“ distanzierte er sich in erhebenden Worten von der imperialen Expansionspolitik des amtierenden konservativen Premiers Disraeli<sup>52</sup>, implizit verabschiedete er sich damit aber auch vom patriotischen Interventionismus Palmerstons. Gladstone erklärte,

„the great duty of a Government, especially in foreign affairs, is to soothe and tranquillize the minds of the people, not to set up false phantoms of glory which are to delude them into calamity, not to flatter their infirmities by leading them to believe that they are better than the rest of the world, and so to encourage the baleful spirit of domination; but to proceed upon a principle that recognizes the sisterhood and equality of nations, the absolute equality of public right among them; above all, to endeavour to produce and to maintain a temper so calm and so deliberate in the public opinion of the country, that none shall be able to disturb it.“<sup>53</sup>

In seiner dritten Rede konkretisierte er diesen Ansatz zu sechs „right principles of foreign policy“, die stichwortartig lauten: „Just legislation and economy“, „To preserve peace“, „To maintain the concert of Europe“, „To avoid needless engagements“, „To acknowledge the equal rights of all nations“, „A love of freedom“.<sup>54</sup>

Gladstones Rhetorik entfaltete eine fulminante Wirkung, deutete sie doch einen grundlegenden Politikwandel an. Zur Debatte standen in den Worten des Redners keine Einzelfragen mehr, sondern problematisiert wurde „a whole system of Government“.<sup>55</sup> Gladstone appellierte an das in seinen Entscheidungen freie englische Volk, sich von der Politik imperialer Expansion zu distanzieren, damit deren Fehler nicht von der Verantwortlichkeit Disraelis in die des Volkes selbst übergingen.<sup>56</sup>

In den Reden der „Midlothian campaign“ ist alles enthalten, was die Inszenierung des späten Gladstone als „Grand Old Man“ der britischen Politik

52 Zu Gladstones Kritik an der Empire-Politik Disraelis vgl. Peter Cain: Radicalism, Gladstone, and the liberal critique of Disraelian imperialism. In: Bell (Hrsg.): Victorian visions (wie Anm. 35), S. 215–238.

53 William Ewart Gladstone: Midlothian Speeches 1879. With an Introduction by M. R. D. Foot. New York 1971 (Nachdruck der Buchausgabe von 1879), S. 37.

54 Ebd., S. 115–117.

55 Ebd., S. 50.

56 Vgl. ebd., S. 57.

ausmachte:<sup>57</sup> der direkte Appell an das Volk als moralischer Instanz, das Bekennnis zu einer Friedenspolitik mit Augenmaß, Zurückhaltung bei militärischen Interventionen, die – wenn sie unvermeidbar waren – im Zusammenwirken mit anderen Mächten und unter Achtung des internationalen Rechts durchgeführt werden sollten.<sup>58</sup> Anders als Cobden verwarf Gladstone also nicht rundheraus das Recht auf militärische Intervention, anders als Palmerston verlegte er dies aber vom einzelnen Staat in die Hände des „Concert of Europe“. Dieses „Konzert“ wurde zwar von den großen europäischen Mächten gespielt,<sup>59</sup> aber laut Gladstone nicht aufgrund ihrer militärischen Macht, sondern aufgrund der ihnen zugeschriebenen besonderen moralischen Autorität als Handlungsträger einer christlichen Gemeinschaftsidee.<sup>60</sup> Abgesehen vielleicht von der theologisch gefärbten Begründung<sup>61</sup> lässt sich Gladstones Position nach Meinung mancher Autoren als „liberal realist“ einstufen; im Unterschied zu einer klassisch-realistischen Position, nach der die Stabilität der internationalen Ordnung allein auf Machtressourcen beruht, wollte Gladstone die internationale Ordnung durch diplomatische Normen und Einrichtungen wie das „Concert of Europe“ absichern.<sup>62</sup> Manchen politischen Beobachtern gilt er damit als ein Vorläufer Woodrow Wilsons und der Idee eines Völkerbundes als höchster Instanz internationaler Politik.<sup>63</sup>

Nach den großen Grundsatzreden der Vorjahre trat Gladstone 1880 seine zweite Amtszeit als Premierminister unter großen Erwartungen an. Tatsächlich suchte er sich an den selbstformulierten Prinzipien zu orientieren.<sup>64</sup> Der russische Botschafter in Berlin, Pjotr Saburov, bezeichnete Gladstones Willen zum Agieren im Rahmen eines Konzerts europäischer Mächte leicht

57 Zur medialen Präsentation des späten Gladstone vgl. Detlev Mares: Die visuelle Inszenierung des modernen Politikers. William Ewart Gladstone in der "Illustrated London News". In: Lutz Raphael/Ute Schneider (Hrsg.): Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper. Frankfurt u. a. 2008, S. 309-330.

58 Gladstones Position wurde daher als „moderate interventionism“ charakterisiert, vgl. Martin Ceadel: Gladstone and a Liberal Theory of International Relations. In: Peter Ghosh/Lawrence Goldman (Hrsg.): Politics and Culture in Victorian Britain. Essays in Memory of Colin Matthew. Oxford 2006, S. 74-94, hier S. 94.

59 Zum Europäischen Konzert vgl. allg. Henry Kissinger: Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik. Berlin 1996, S. 79-175.

60 Vgl. Ceadel: Gladstone (wie Anm. 58), S. 80.

61 Zur religiösen Fundierung der außenpolitischen Prinzipien Gladstones vgl. Deryck M. Schreuder: Gladstone's 'Greater World': Free Trade, Empire and Liberal Internationalism. In: Roland Quinault/Roger Swift/Ruth Clayton Windscheffel (Hrsg.): William Gladstone. New Studies and Perspectives. Farnham 2012, S. 267-290; Cain: Radicalism (wie Anm. 52), S. 227. Allg. Richard Shannon: Gladstone: God and Politics. London/New York 2007.

62 Ich paraphrasiere hier: Ceadel: Gladstone (wie Anm. 58), S. 79.

63 Vgl. Kissinger: Vernunft (wie Anm. 59), S. 169 f.

64 Schon in seiner ersten Amtszeit hatte er eine entsprechende Haltung gezeigt, z. B. durch die schiedsgerichtliche Klärung der „Alabama claims“, vgl. Richard Shannon: Gladstone. Heroic Minister 1865-1898. London 1999, S. 113 f.

spöttelnd als die Verwirklichung von Philosophenträumen, Bismarck sprach unverblümter vom „verrückten Professor“.<sup>65</sup>

In der Tat stießen Gladstones Ideale in der Umsetzung rasch an Grenzen. Die Anforderungen des Regierungsamtes zwangen ihn zu Kompromissen und Entscheidungen, die seinen ursprünglichen Neigungen widersprachen: „His executive role countervailed his inclinations and ultimate anticipations.“<sup>66</sup> Zum einen scheiterte bereits sein kurz nach Regierungsantritt unternommener Versuch, das Osmanische Reich mit Hilfe des Europäischen Konzerts zur Einhaltung der Bestimmungen des Berliner Vertrags zu zwingen, da nicht alle Großmächte mitzogen.<sup>67</sup> Zum anderen standen bei allen außenpolitischen Entscheidungen neben den politischen Willensbekundungen des Premiers Fragen der politischen Durchsetzbarkeit seiner Position gegenüber Kabinettskollegen, Parlament und Öffentlichkeit.

Zum Testfall wurde 1882 ein Aufstand nationalistischer Offiziere im von Briten und Franzosen kontrollierten Ägypten des Khediven, also des Vizekönigs, der relativ unabhängig von Konstantinopel agierte. Gladstones Leitlinie, Ägypten den Ägyptern zu überlassen, wurde rasch verwässert, galt es doch, die Finanzinteressen am Suez-Kanal, den Seeweg nach Indien und die politische Ordnung im nördlichen Afrika aufrechtzuerhalten, zudem ein über die Irlandfrage zerstrittenes Kabinett zusammenzuhalten.<sup>68</sup> Im Juli 1882 ließ sich Gladstone sogar guten Gewissens zur Bombardierung Alexandrias durch die Royal Navy bewegen, was den vom Premierminister enttäuschten Pazifisten John Bright zum Verlassen des Kabinetts veranlasste. Selbst wenn Gladstone es nicht beabsichtigt haben sollte, bildete die Intervention den Auftakt zu einer jahrzehntelangen britischen Militärpräsenz in Ägypten.

Dieses Beispiel führte der Welt vor Augen, dass auch Gladstones auf moralische Prinzipien gegründete Außenpolitik in der Praxis nicht notwendigerweise von der seiner Vorgänger oder anderer europäischer Staatsmänner abwich – wo lag der Unterschied zum Agieren Bismarcks, dessen „kompliziertes Gleichgewichtswerk“ das präzisesten Gegenmodell zu Gladstones Vision des Europäischen Konzerts darstellte?<sup>69</sup> Auch unter Gladstone nutzte die britische Politik weiterhin informelle Möglichkeiten der Einflussnahme in anderen Staaten, griff aber direkt vor Ort ein, wenn dies erforderlich zu

65 Vgl. ebd., S. 255 u. 266; Otto Pflanze: Bismarck: Der Reichskanzler. München 1998, S. 345.

66 H. C. G. Matthew: Gladstone 1875-1898. Oxford 1995, S. 126.

67 Pflanze: Bismarck (wie Anm. 65), S. 346-348.

68 Matthew: Gladstone (wie Anm. 66), S. 130-149.

69 Vgl. Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995, S. 112 f., hier S. 113; Paul W. Schroeder: Gladstone as Bismarck. In: Canadian Journal of History 15 (1980), S. 163-195; James Stone: Bismarck versus Gladstone. Regime Change and German Foreign Policy, 1880-1885. In: Historische Mitteilungen 23 (2010), S. 167-200.

sein schien.<sup>70</sup> Schon in den Jahrzehnten zuvor hatte jede der Regierungen, an denen Gladstone als Minister beteiligt gewesen war, imperiale Expeditionen und Strafaktionen durchgeführt<sup>71</sup>; im Unterschied zu Cobden hatte Gladstone bereits wie Palmerston den Krimkrieg unterstützt. Cobden selbst, der Anfang der 1860er Jahre eine engere Zusammenarbeit mit Gladstone suchte, erkannte die Doppelbödigkeit in Gladstones politischem Handeln. In einem Brief an seinen Freund John Bright schrieb er 1861 über Gladstone:

„He is the only first class official that has high & disinterested aspirations in political affairs. – But then he *is* an official, & intends to be so. – And what sacrifices nay what moral deterioration does this imply! – Remember that he has twice gone through the process of administering to Chinese wars after he had stirred the world with his eloquent denunciations of their iniquitous origin – Could you or I do this for the sake of office?“<sup>72</sup>

In den Augen mancher Beobachter blieb auch Gladstones spätere Betonung des „Konzerts“ in entscheidenden Momenten Rhetorik und „Europe became a fig leaf to cover the nakedness of Empire“,<sup>73</sup> denn Gladstones Haltung gegenüber dem britischen Weltreich blieb ambivalent: Er war beileibe kein feuriger Imperialist, so dass die eingangs zitierte Kritik Disraelis an der angeblichen liberalen Demontage des Empire ihn durchaus einbezog; doch selbst wenn Gladstone seinerseits die imperiale Expansion unter Disraeli kritisierte,<sup>74</sup> so strebte er keine Abkehr von der imperialen Rolle Großbritanniens an: „In short, while Gladstonianism moralised the meaning of imperialism, Liberal politics never sacrificed empire-trusteeship for rhetoric.“<sup>75</sup>

Wie Eugenio Biagini gezeigt hat, entsprach Gladstones Haltung gegenüber dem Empire seinen innenpolitischen Reformbestrebungen: So wie er in den 1860er Jahren bereit war, den für verantwortungsbewusst erklärten Teilen der Arbeiterschaft durch die Ausweitung des Wahlrechts politische Partizipation zuzugestehen, so konnten die Kolonien mit größeren Freiräumen der Selbstregierung rechnen, wenn die dortigen Gesellschaften sich als fähig zum rationalen politischen Diskurs erwiesen.<sup>76</sup> Dies lässt sich an seiner Hal-

70 Vgl. Gallagher/Robinson: Imperialismus des Freihandels (wie Anm. 37), S. 185 u. 195.

71 Vgl. Matthew: Gladstone (wie Anm. 66), S. 123.

72 Anthony Howe/Simon Morgan (Hrsg.): *The Letters of Richard Cobden. Vol. IV: 1860-1865*. Oxford 2015, S. 210 (Brief Richard Cobdens an John Bright, 14.10.1861). Ausführlich zum Verhältnis der beiden Politiker Anthony Howe: Gladstone and Cobden. In: David Bebbington/Roger Swift (Hrsg.): *Gladstone Centenary Essays*. Liverpool 2000, S. 113-132.

73 Shannon: Gladstone (wie Anm. 64), S. 305.

74 Gladstone: First Midlothian Speech (wie Anm. 53), S. 46-48.

75 Schreuder: Gladstone's 'Greater World' (wie Anm. 61), S. 279.

76 Eugenio Biagini: Exporting ‚Western & Beneficent Institutions‘: Gladstone and Empire, 1880-1885. In: Bebbington/Swift (Hrsg.): *Gladstone Centenary Essays* (wie Anm. 72), S. 202-224, hier S. 218 f.

tung gegenüber Indien zeigen. Hier sah er weniger britische Interessen als britisches Pflichtbewusstsein bei einer Zivilisierungsmission gefragt:<sup>77</sup> Die britische Präsenz in Indien sollte „profitable to Indian nations“ und von diesen auch als vorteilhaft erkennbar sein.<sup>78</sup> Die von seiner Regierung initiierten Reformmaßnahmen auf dem Subkontinent – so die verstärkte Beteiligung von Indern an Lokalverwaltung und Rechtsprechung – sollten ausdrücklich der politischen Erziehung der Inder zu eigenverantwortlichem Handeln dienen.<sup>79</sup> Es überrascht daher nicht, dass die Anfänge der nach der Unabhängigkeit lange die indische Politik beherrschenden Kongress-Partei in Gladstones Amtszeit fielen.

Insgesamt bietet Gladstone das Beispiel für den Versuch, moralische Prinzipien als Leitlinie der Außen- und Kolonialpolitik zu etablieren, auch wenn die Praxis häufig Kompromisse erforderlich machte. Die von ihm gefundene Mischung aus idealistischen Motiven und realpolitischer Praxis kann daher durchaus als vorausweisend für internationalistische Ordnungsgedanken, wie die Völkerbundidee, gesehen werden; ebenso gut lassen sich darin aber zeit-typische Grenzen erkennen. So wirkte Gladstones Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der Nationen zwar universalistisch, blieb in der Praxis aber auf Europa und die großen Mächte des Europäischen Konzerts bezogen.<sup>80</sup>

Schon von Zeitgenossen wurde Gladstone teils als Heuchler angegriffen, teils als Wegweiser in eine neue Ära politischen Handelns gefeiert. In seinem Bestreben, moralische Prinzipien und Anforderungen der Machtpolitik miteinander in Einklang zu bringen, rang er in jedem Fall in besonders offensichtlicher Weise mit einer Kernfrage viktorianischer liberaler Außen- und Kolonialpolitik: War eine moralischen Ansprüchen genügende Gestaltung der politischen Realität möglich?

#### 4. „Virtuous realities“

Im Jahr 1857 zog Cobden eine ernüchterte Bilanz des Verhältnisses von materiellem Wohlstand und moralischer Verantwortlichkeit seines Landes:

„As a nation I think we are less ‘up’ morally to our political & Economical elevation than we ever were.- It is true that we have made greater progress in wealth & prosperity during the present generation than at any former period of our history.- The result has been to draw out our less amiable qualities & develop our mere

77 Vgl. Cain: Radicalism (wie Anm. 52), S. 221.

78 Vgl. C. Brad Faught: An Imperial Prime Minister? W. E. Gladstone and India, 1880-1885. In: Journal of the Historical Society 6 (2006), S. 555–578, Gladstone-Zitat S. 561.

79 Vgl. ebd., S. 566-571.

80 Vgl. Matthew: Gladstone (wie Anm. 66), S. 123.

animal propensities instead of leading us to the more active cultivation of our intellectual and moral powers.”<sup>81</sup>

Der Erfolg des liberalen Premierministers erschien ihm als eine Ausdrucksform dieses Irrwegs:

„The result may be read in our passion for warlike displays, our worship of Palmerston whose only title to the nations confidence is the delusive belief in his tendency to exalt us abroad at the expense of other people [...] instead of cultivating a sober self-respect & a confidence in virtuous realities.”<sup>82</sup>

Cobdens Begriff der „virtuous realities“ erfasst das außen- und kolonialpolitische Kernproblem, mit dem viktorianische Liberale rangen: die Vereinbarkeit von Realitätssinn und moralischer Integrität. Das Zitat schlägt eine skeptische Note an, sieht Cobden doch in Palmerstons Popularität den Beleg für die Kluft, die sich zwischen materiellem Fortschritt und moralischer Stagnation aufgetan habe. Die Außenpolitik des Premierministers, die das eigene Land auf Kosten anderer Völker verherrliche, steht in dieser Formulierung im Widerspruch zum gleichermaßen tugendhaften und realistischen Handeln, das Cobdens Leitlinie ist. Cobdens Enttäuschung scheint die Unvereinbarkeit von „realistischer“ und „idealistic“ Position zu bekräftigen.

Doch das politische Handeln beider Politiker spricht eine andere Sprache. Wie die Skizze von Palmerstons Politik zeigte, führte auch er immer wieder moralische Prinzipien zur Rechtfertigung seiner Entscheidungen an. Handelte es sich dabei nur um politische Rhetorik, die eine brutale Wirklichkeit verschleieren sollte? Diese Einschätzung würde weder Palmerstons Handeln noch den Grundlagen seiner Popularität gerecht. Statt als Unvereinbarkeit von „Realismus“ und „Idealismus“ lässt sich die liberale Außen- und Kolonialpolitik im hochviktorianischen Großbritannien eher charakterisieren als eine ständige Debatte um die Legierung, die zwischen beiden Elementen in jedem Einzelfall aufs Neue gefunden werden musste. Trotz der suggestiven Begrifflichkeit ist in der politischen Praxis längst nicht immer klar, welche Position in einer konkreten Entscheidungssituation „realistisch“ ist: Häufig stellt sich erst im Nachhinein heraus, dass womöglich eine scheinbar „idealistic“ inspirierte Kooperation eine „realistische“ Option gewesen wäre, wenn eine „realistisch“ begründete Intervention versagt; umgekehrt kann auch ein „idealistic“ motiviertes Eingreifen in Konfliktsituationen an sehr „realistischen“ Faktoren scheitern. Cobden, Palmerston und Gladstone ran-

81 Howe/Morgan (Hrsg.): Letters of Cobden. Vol. III (wie Anm. 19), S. 336 (Brief Richard Cobdens an Henry Ashworth, 13.7.1857); Zitat in der Briefausgabe mit editorischen Hinweisen versehen.

82 Ebd., S. 336 f. (Brief Richard Cobdens an Henry Ashworth, 13.7.1857).

gen mit diesen Unwägbarkeiten politischer Entscheidungssituationen, doch alle drei hatten den Anspruch, realistische und idealistische Motive in möglichst angemessener Form zu kombinieren. Dass sie dabei wiederholt in Widerspruch zueinander gerieten, ergab sich aus der Ausdeutung ihrer Prinzipien unter den Anforderungen des alltäglichen Regierungshandelns. Zudem darf nicht vergessen werden, dass Fragen der Kolonial- und Außenpolitik nie die einzigen und in der Regel nicht die wichtigsten Konfliktfelder der viktorianischen Politik waren – innenpolitische Themen, wie die Ausgestaltung der Finanzpolitik oder die Reformierung des Wahlrechts, spielten eine wesentlich größere Rolle für die Abgrenzungen innerhalb der Liberal Party, auch wenn sie teilweise auf die imperiale Politik einwirkten.<sup>83</sup>

Die Formel von den „virtuous realities“ lässt sich somit lesen als Zusammenfassung der Erkenntnis, dass Ideale Teil jeder realistischen Politik sind, ist doch ein Realismus ohne idealistische Begründungen ebenso wenig lebensfähig wie ein Idealismus ohne Basis in der Realität. Dies gilt insbesondere im demokratischen Zeitalter, dessen Anbruch die Viktorianer erlebten und mitgestalteten. Das parlamentarische System mit seiner bereits ausgeprägten öffentlichen Kontrolle schuf einen immerwährenden Diskussionsraum, in dem sich politische Entscheidungsträger zu verantworten hatten. In diesem Raum artikulierten sich Unterstützung und Kritik – eine öffentlicher Debatte enthobene Diplomatie erwies sich als zunehmend schwieriger durchführbar; moralisch als illegitim empfundene Vorgehensweisen wurden zu Anlässen politischer Kampagnen, die die Politiker auch außerhalb des Parlaments zur Rechenschaftslegung zwangen. Dadurch blieben die universalistischen Ansprüche liberaler Politik und die Frage ihrer Anwendbarkeit auf Außenpolitik und Empire stets in der Diskussion.<sup>84</sup>

Cobden, Palmerston und Gladstone stehen daher nicht für die Dichotomisierung von Realismus und Idealismus, sondern für die Prozesse ständiger Aushandlungen über die Frage, wie im konkreten Anwendungsfall das Mischnungsverhältnis beider Anteile aussehen sollte. Während der langen politischen Karrieren dieser Politiker ergaben sich dabei immer wieder unterschiedliche Antworten auf die gleichbleibende Kernfrage. Alle drei verein-

83 Die Wechselwirkungen zwischen finanzpolitischen und imperialen Fragen betonen besonders Peter Cain/A. G. Hopkins: British Imperialism: Innovation and Expansion 1688-1914. Harlow 1993.

84 Ein bekanntes Beispiel ist die Kampagne gegen die gewaltsame Niederschlagung eines Aufstands ehemaliger Sklaven durch Gouverneur Eyre in Jamaika 1865, vgl. Jack P. Greene: Liberty and Slavery: The Transfer of British Liberty to the West Indies, 1627-1865. In: J. P. Greene (Hrsg.): Exclusionary Empire. English Liberty Overseas, 1600-1900. Cambridge 2010, S. 50-76; Bernard Semmel: Democracy versus Empire. The Jamaica Riots and the Governor Eyre Controversy. New York 1969. Es gab allerdings im Zuge der Kampagne auch Stimmen, die die Undankbarkeit der Kolonisierten bemängelten, vgl. Karuna Mantena: The crisis of liberal imperialism. In: Bell (Hrsg.): Victorian visions (wie Anm. 35), S. 113-135, hier: S. 121 f.

ten somit in ihrer Politik Züge beider Positionen und jeweils unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie „virtuous realities“ ausgestaltet werden könnten. Immer wieder gerieten sie darüber in heftige Auseinandersetzungen untereinander, immer bestanden aber auch Überschneidungen in ihrem Denken und Handeln: „Cobdenite foreign policy, Gladstonian financial politics, and Palmerstonian ‚free trade imperialism‘ had all merged [...] as essential, if somewhat discordant, elements in a domestic political consensus“<sup>85</sup>. So mag es bezeichnend sein, dass Cobden den Handelsvertrag mit Frankreich im Auftrag des Premierministers Palmerston und des Schatzkanzlers Gladstone aushandelte – ein anschauliches Beispiel für den pragmatisch aktivierbaren Grundkonsens, der durch die Differenzen in den Einzelfällen nicht gesprengt wurde. Die Betonung mochte stärker auf „virtus“ oder stärker auf „realitas“ liegen, doch der Denk- und Handlungsrahmen umfasste die widerstreitenden Einheiten.

Die Liberale Partei bot den institutionellen Rahmen, in dem diese Debatten einen politischen Ort finden konnten; für ihre politische Ausrichtung insgesamt ist daher gerade charakteristisch, dass die beiden Pole in ständigem Widerstreit miteinander lagen und sich daher in der politischen Praxis vielfach verschränkten. Dies bot politischen Gegnern immer wieder Ansatzpunkte zu peinlichen Attacken auf die Liberalen, aber das Wechselspiel prägte das Empire-Verständnis des ganzen Landes.

85 Howe: Free Trade and Liberal England (wie Anm. 36), S. 111.